

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

11.10.2006

0072/2006

SCHRIFTLICHE ERKLÄRUNG

eingereicht gemäß Artikel 116 der Geschäftsordnung

von Milan Gaľa, Barbara Kudrycka, Zita Pleštinská und Peter Šťastný

zum möglichen Aufschub des Beitritts aller neuen Mitgliedstaaten zum Schengen-Raum

Fristablauf: 18.1.2007

Schriftliche Erklärung zum möglichen Aufschub des Beitritts aller neuen Mitgliedstaaten zum Schengen-Raum

Das Europäische Parlament,

- gestützt auf Artikel 116 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass die Europäische Kommission 2004 verkündete, dass die Erweiterung des Schengen-Raums um die neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union erst möglich sei, nachdem alle erforderlichen Regulierungsmaßnahmen zur Sicherung einer gemeinsamen Außengrenze des Schengen-Raums ergriffen wurden,
- B. in der Erwägung, dass die Integration dieser Länder in den Schengen-Raum ursprünglich für Oktober 2007 vorgesehen war,
 1. ist davon überzeugt, dass der ursprüngliche Termin für den Beitritt der neuen Mitgliedstaaten zum Schengen-Raum einzuhalten ist,
 2. fordert die Kommission auf, umfangreiche und transparente Informationen und Untersuchungen zur Verfügung zu stellen, die Aufschluss über den Stand der Durchführung des zentralen Projekts SIS II und die Gründe für die Verzögerungen bei seiner Durchführung geben,
 3. fordert die Europäische Kommission und den Rat auf, Maßnahmen einzuleiten, um die Einhaltung des ursprünglichen Termins für den Beitritt der neuen Mitgliedstaaten zum Schengen-Raum zu gewährleisten,
 4. fordert die Kommission auf, für den Fall, dass ein anderer Beitrittstermin gewählt wird, eine ausführliche Folgenabschätzung vorzulegen und die Mittel und Zuständigkeiten für die finanziellen Kosten und den organisatorischen Aufwand zu bestimmen, mit denen im Verhältnis zu der derzeit laufenden Entwicklung des SIS II zu rechnen ist,
 5. beauftragt seinen Präsidenten, diese Erklärung mit den Namen der Unterzeichner an die Europäische Kommission, den Rat sowie die Parlamente und Regierungen der EU-Mitgliedstaaten zu übermitteln.